

Steteljähriger Abonnementspreis
in Breslau 2 Thaler, außerhals incl. Porto
2 Thaler 11/2 Sgr. Insestionsgebühr für den
Raum einer fünfstelligen Zeile in Petischrist
1 1/2 Sar.

Expedition: Pettenstraße Nr. 27
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten
Bestellungen auf die Zeitung, welche in fünf
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal
erscheint.

Breslauer Zeitung.

Morgenblatt. Mittwoch den 12. Mai 1858. Nr. 217.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 10. Mai. Bei der heute stattgehabten pariser Wahl erhielt der Oppositionskandidat Picard 10,323 Stimmen, der Regierungskandidat 8976 Stimmen. — Picard ist somit zum Deputirten gewählt. (Anget. 10 1/2 Uhr Vormittags.)
(Wiederholter Abdruck, da vorstehende Depesche nicht mehr in alle Exemplare des gestrigen Mittagsblattes aufgenommen werden konnte. D. N.)
Berlin, 10. Mai. Staatsanwaltschaft 83 1/2. Prämien-Anleihe 113 1/2. Schles. Bankverein 82 1/2. Kommandit-Antheile 104 1/2. Köln-Minden 142. Alte Freiburger 96 1/2. Neue Freiburger 93 1/2. Oberschlesische Litt. A. 140 1/2. Oberschlesische Litt. B. 128 1/2. Wilhelms-Bahn 51 1/2. Rheinische Aktien 93 1/2. Darmstädter 98 1/2. Dessauer Bank-Aktien 55 1/2. Oester. Kredit-Aktien 117. Oester. National-Anleihe 81 1/2. Wien 2 Monate 96. Mecklenburger 51. Mecklenburger 67 1/2. Friedr.-Wilhelms-Nordbahn 57. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Aktien 177. Oepeln-Tarnowitzer 63. — Geringeres Geschäft.
Berlin, 11. Mai. Bogen niedriger. Mai-Juni 36 1/2, Juni-Juli 36 1/2, Juli-August 36 1/2, September-Oktober 38. — Spiritus matter. Mai-Juni 16 1/2, Juni-Juli 17 1/2, Juli-August 18 1/2, August-September 18 1/2. — Rüböl matt. Mai-Juni 15 1/2, September-Oktober 15 1/2.

Telegraphische Nachrichten.

Turin, 10. Mai. „Italia del Popolo“ wurde am 8. d. M. neuerdings mit Beschlag belegt.
Die gestrige „Unione“ enthält das Erkenntnis des Appellations-Gerichts, welchem zufolge das Urteil des Provinzial-Tribunals vom 4. Juni v. J. bezüglich und Bianchi Giovanni zu 6 Monaten Gefängnis und 2000 Fres. Geldstrafe verurtheilt wird.
Bei der am 6. d. M. stattgehabten Sitzung der Kammer interpellirte Buffa den Grafen Cavour wegen der Cagliari-Angelegenheit mit Bezug auf die telegraphisch gemeldete Annahme der Vorschläge Malmesbury's. Cavour erwiderte, die telegraphische Depesche wäre unrichtig; er habe d'Aleoglio in London drei Wege der Nachsicht vorgeschrieben, wisse aber noch nicht, welcher gewählt worden sei. Buffa meint, nicht Piemont habe die Vorschläge Englands angenommen, sondern umgekehrt.
Cavour bemerkt, die sardinische Regierung habe gewissermaßen die theoretischen Rathschläge des englischen Ministeriums angenommen, und darauf gestützt, denselben Vorschläge zum praktischen Handeln an die Hand gegeben.

Breslau, 11. Mai. [Zur Situation.] Das Derby-Kabinet benimmt sich in seinen Beziehungen zu Sardinien mit einer fast seltenen Unentschiedenheit. Es scheint, als ob es weder gut schreiben noch lesen gelernt hat; denn kaum, daß es sich mit einer falschen Absicht seiner Depeschen über eine Täuschung, in welche Graf Cavour bezüglich der zu erwartenden englischen Unterstützung verführt worden war, entschuldigen mußte, hat es jetzt seinerseits die Depeschen des Grafen Cavour falsch gelesen und eine Zustimmung zu Vergleichsvorschlägen herausgefunden, an deren Ertheilung nicht gedacht ward. (S. London und Turin.)

Auch die neueste Erklärung Disraeli's wegen der Donaufürstenthümer-Opposition hat eine Art von Reklamation in der französischen Presse hervorgerufen, deren Zweck hauptsächlich dahin geht, die behauptete Zustimmung Frankreichs nicht als einen Meinungswechsel erscheinen zu lassen. Der „Constitutionnel“ behauptet, daß Frankreich auch jetzt noch an der Ueberzeugung festhalte, daß in der Vereinigung der Donaufürstenthümer die einzige Bürgschaft ihrer Wohlfahrt liege. Man habe aber der entgegenstehenden Meinung der andern Staaten, namentlich der Türkei, Rechnung tragen müssen, welche in dem Unionsprojekt eine Bedrohung ihrer Souveränität und eine Verletzung ihrer territorialen Macht sehe. Wenn indeß Frankreich sich zu Konzessionen bereit finden lasse, verlange es auch andere Konzessionen dagegen. Indes spricht sich der „Constitutionnel“ in Bezug hierauf nicht sehr klar aus. Es scheint ihm wohl zweckmäßig, den beiden Provinzen gleichartige Institutionen zu geben und sie durch administrative Einrichtungen zu verbinden und überhaupt eine künftige Vereinigung vorzubereiten; indes bezeugt er selbst kein großes Vertrauen zu diesem Programm und beschränkt sich schließlich, von der Konferenz zu verlangen, daß sie alle jetzt möglichen Reformen zusehe.

Man sieht leicht, daß der einzige Zweck des Artikels ist, einen Rückzug der französischen Politik zu bemänteln, welche einen eclatanten Beweis von dem Uebergewicht giebt, dessen sich England in der entente cordiale zu bedienen weiß.

Mit der Desavouirung des Gouverneurs von Indien hat das englische Kabinet einen Sturm wider sich heraufbeschworen, wie die Londoner Depesche in Nr. 216 d. Ztg. beweist. Uebrigens ist der versängliche Schritt der Regierung eine Folge des großen Einflusses, welchen in England die Presse auf die öffentlichen Angelegenheiten ausübt. Wie nämlich der „R. Z.“ aus London gemeldet wird, sind die Besorgnisse über Canning's Proklamation erst durch den Bericht des „Times“-Korrespondenten aus Lucknow (des Hrn. Russell) erweckt worden, welcher die Ueberzeugung ausdrückt, daß keine Macht der Welt Indien ohne Mittheilung seiner Bevölkerung beherrschen und besitzen könne und daher ein System der Milde und Veröhnlichkeit empfehle.

Preußen.

Berlin, 10. Mai. Als Folge der Uebereinkunft der bei dem Münzvertrage vom 24. Januar 1857 theilnehmenden Regierungen, wird die künftige Verwaltung des Staatsschatzes und Münzwesens mit Einziehung der um mehr als 2 Prozent abgenutzten preussischen Einthalterstücke vorgegeben; die Maßregel soll sich vorläufig auf die, in der Zeit von 1750 bis inkl. 1816 auf freien Stempeln ausgeprägten Thaler erstrecken. Der Herr Finanz-Minister hat zu dem Zwecke für sein Ressort in diesen Tagen bezüglich Anordnungen getroffen. Demnach werden bei den betreffenden Kassen in Fällen, wo fortan neue Rollen und Beutel gebildet, resp. verglichen ältere umgepackt werden müssen, die vorgelegten älteren Thaler von den seit 1817 im Umlauf gebrachten Thälern abgesondert zu halten, bei allen Ablieferungen aber von den unteren und Spezial-Kassen an die Regierungen-Hauptkassen vorzugsweise die so abgesonderten Thaler älteren Gepräges abzuführen sein, um sie

demnächst durch die General-Staats-Kasse der Haupt-Münz-Kasse Behufs der Aussonderung der zu leichten Thaler und deren Einschmelzung zuzuführen. — Die Läden und Beutel, in welchen die Abführung erfolgt, sollen mit der Schiffr „U. T.“ versehen werden.

+ Berlin, 10. Mai. Oesterreich verlangt, um mit dem Meere in leichterem Verkehr treten zu können, von dem Zollvereine eine Beilegung seiner Durchgangszölle. Auch in Rußland fühlt man dasselbe Bedürfnis für Polen und für die östlich und südlich von der Provinz Preußen gelegenen Gouvernements. Das Kabinet zu St. Petersburg hat dem Vernehmen nach im Allgemeinen dahingehende Wünsche ausgesprochen, welche, wenn sie nicht schon zu Verhandlungen geführt haben, doch schließlich zu diesem Ziele kommen könnten. Rußland soll geneigt sein, als eine Entschädigung für eine solche Forderung, seine Eingangs-zölle an der preussischen Grenze zu ermäßigen. Sollte das russische Kabinet bestimmte Propositionen machen, so würde Preußen die Verhandlungen im Namen des Zollvereins zu führen und dieser seine Zustimmung zu dem abzuschließenden Vertrage zu ertheilen haben. Rußland zeigt überhaupt das Bestreben, den Verkehr in allen Beziehungen zu heben und zu erweitern. Durch den orientalischen Krieg hat man die Ueberzeugung gewonnen, daß Rußland in seiner Entwicklung schneller als bisher vorgehen müsse. Es hat große und mächtige Flüsse, welche tief ins Land hineingehen und die geeignetsten Straßen für den Verkehr des inneren Landes mit dem Meere darbieten. Aber es ist bis jetzt wenig gethan worden, um sie zeitgemäß zu benutzen. Von Bedeutung würde es sein, wenn sie Dampfschiffe zum Personen- und Gütertransport und besonders zum Schleppen von Gütern-Kähnen erhielten. Der Kaiser hat die Wichtigkeit der Dampfschiffahrt auf den Flüssen erkannt und den Befehl ertheilt, daß eine Regelung ihres Laufs und eine Entfernung ihrer frichten Stellen eine Nothwendigkeit ist. Zunächst soll der Dniepr, der wichtigste Fluß für Westrußland, zur Befahrung mit Dampfschiffen hergestellt werden, und sollen die Arbeiten in diesem Jahre begonnen und womöglich zu Ende geführt werden. Der Bau der Eisenbahnen wird mit großem Eifer betrieben und an die preussische Regierung ist die Aufforderung gestellt worden, die Verbindungsbahn von Königsberg aus nach dem russischen Gebiete baldigst zu beginnen und zu beenden. Die Wünsche der beiderseitigen Staats-Verwaltungen begegnen sich hierbei. Außer der Eisenbahn von St. Petersburg nach Warschau und nach der preussischen Grenze bei Gdychau soll auch, so bald es die Verhältnisse gestatten, eine Eisenbahn-Linie von Moskau nach dem schwarzen Meere in Angriff genommen werden. Die Telegraphen-Drähte werden immer weiter gezogen und es wird in Kurzem das ganze russische Reich mit einem Telegraphen-Netz überspannt sein, welches von dem nördlichen Eismeere bis zum schwarzen und kaspischen Meere und von der Dnjepr bis zum großen Ocean reichen und über das schmale Behrings-Meer nach West-Amerika hinübergehen wird, so daß vielleicht von dieser Seite her früher eine telegraphische Verbindung zwischen Europa und Amerika hergestellt ist, als über das atlantische Meer. Um die nöthigen Kräfte von der erforderlichen Ausbildung für seine Eisenbahnen, Telegraphen-Linien und für seine Dampfschiffe zu erhalten, beruft Rußland aus Preußen und Deutschland gegen hohes Gehalt und sonstige günstige Bedingungen tüchtige und geeignete Personen. Nach einem Jahrzehnt wird Rußland voraussichtlich auf einer entschieden höheren Stufe der kommerziellen und Verkehrs-Entwicklung stehen als jetzt.

— Heute Vormittag fand vor Sr. kgl. Hoh. dem Prinzen von Preußen die Vorstellung der hier garnisonirenden Garde-Kavallerie-Regimenter auf dem Tempelhofer Felde statt. Dieselbe begann Vorm. 9 Uhr mit dem Garde-Kürassier-Reg., diesem folgte das 2. Garde-Ulanen-Regiment und zuletzt das Garde-Dragoon-Regiment. Se. kgl. Hoh. trug die Uniform des 7. Husaren-Regiments. Ihre königliche Hoheit die Prinzen Albrecht, Friedrich Karl, Georg von Preußen, Prinz August von Württemberg, Se. Durchlaucht der Prinz Woldemar zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, sowie der General-Feldmarschall Freiherr von Wrangel, der General der Kavallerie und General-Adjutant Graf v. d. Gröben, der Kriegsminister General-Lieutenant Graf von Waldersee, der kaiserlich russische Generalmajor und Militär-Bevollmächtigte am kaiserlichen Hofe Graf von Adlerberg und viele andere Generale und Offiziere waren zugegen.

Wie wir nachträglich noch erfahren, war gegen 12 Uhr die Besichtigung beendigt. Se. kgl. Hoh. der Prinz von Preußen äußerte sich sehr befriedigt über den Ausfall derselben.

— Der Oberst-Lieutenant und Kommandeur des Garde-Artillerie-Regiments v. Uechtritz hat sich zur Besichtigung der Landwehr-Artillerie nach Küstrin begeben, und wird morgen hierher zurück erwartet. Der Major und Kommandeur der Festungsabtheilung des Garde-Artillerie-Regiments von Rozynski-Manger ist zur Inspektion der 1. und 2. Garde-Festungs-Kompagnie nach Küstrin und Schweidnitz abgereist. — Der Major und Artillerie-Direktor in der Marine, Schenkerlein, hat sich in dienstlichen Angelegenheiten nach Danzig begeben. (N. Pr. Z.)

Stettin, 3. Mai. Se. Hoheit der Prinz und Ihre königliche Hoheit die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm von Hessen trafen heute Vormittag von Berlin hier ein, promendirten in verschiedenen Theilen der Stadt und verließen um 12 Uhr mit dem Dampfer „Hekla“ unsern Hafen, um sich nach Kopenhagen zu begeben.

Deutschland.

Frankfurt, 8. Mai. [Bundesversammlung.] Die frankfurter Blätter veröffentlichen folgenden amtlichen Sitzungsbericht:

In der Bundestags-Sitzung vom 6. d. Mts. stellte die königliche preussische Regierung einen auf Veröffentlichung der Bundesverhandlungen gerichteten Antrag, und es wurde derselbe an den deshalb bereits bestehenden Ausschuss zur gutachtlichen Aeußerung verwiesen. — Der Ausschuss in Militärangelegenheiten erstattete Vorträge über die Verwaltung der Bundesfestungen Rastatt und Landau im verfloßenen und über deren Erfordernisse im laufenden Jahre, so wie über die Bormahme einer Musterung sämtlicher Kontingente zum Bundesheere im Verlaufe des gegenwärtigen Jahres. Die Abstimmung über die

Anträge des Ausschusses wurde auf 2 und beziehungsweise 3 Wochen vertagt. — Auf weitem Vortrag des nämlichen Ausschusses genehmigte die Versammlung die zeitweilige Entsendung einer Abtheilung der Garnison von Mainz aus der Festung behufs der Theilnahme an größeren militärischen Uebungen. — In Folge von Berichten der Reklamations-Kommission lehnte die Versammlung die Erwerbung einer ihr angebotenen angeblichen Erfindung ab, und ersuchte die betreffenden Regierungen um deren Aeußerungen bezüglich einer Beschwerde über angebliche Justizhemmung. — Ingleichen stellte die Versammlung an die großherzoglich oldenburgische Regierung das Ansuchen um Abgabe einer Erklärung über eine Eingabe des Grafen Heinrich Johann Wilhelm v. Bentind in Bezug auf die Herrschaft Kniphausen. — Endlich faßte die Bundesversammlung den Beschluß, daß sie zwar 1) die in der Eingabe des Stadtvorstandes von Mainz vom 29. November v. J. enthaltene Forderung, daß der deutsche Bund den Ersatz für alle Schäden, welche an dem Eigenthum der Stadt-Gemeinde Mainz und ihrer Bewohner durch die am 18. November v. J. stattgehabte Pulver-Explosion entstanden sind, zusichern und gewähren möge, nicht anerkennen könne, dieselbe vielmehr als ungegründet zurückweise, aber — 2) zu der für die Beschädigten dorthelbst veranstalteten Sammlung aus Billigkeitsgründen einen Beitrag von 160,000 Fl. gewähre, von welchen zunächst der an den drei als Garnisonskirchen benutzten Kirchen entstandene Schaden in der aus der gepflogenen Abschätzung hervorgehenden Höhe zu ersehen sein werde, welche Summe matrularmäßig umzulegen und der großherzoglichen Regierung zur Verabfolgung nach Mainz und geeigneten Verwendung für den angegebenen Zweck zur Verfügung zu stellen sei.

Mainz, 8. Mai. [Brückenbau-Konvention.] Das „Mainzer Journal“ meldet in Bestätigung der schon gestern telegraphisch gegebenen kurzen Mittheilung: Gestern wurde hier von den hierzu in außerordentlicher Sitzung der Rheinschiffahrts-Central-Kommission versammelten Bevollmächtigten aller Rheinuferstaaten eine die Wirkung und Kraft eines Staatsvertrages habende Uebereinkunft unterzeichnet, durch welche die seit lange schwebende Angelegenheit des kölner Brückenbaues in einer Weise ihre Erledigung fand, von der wohl mit Recht behauptet werden darf, daß dadurch jedem der beiden hierbei zu berücksichtigenden wichtigen Interessen, der Schiffahrt, so wie des Landverkehrs, die gebührende Beachtung geworden ist und daß somit auch alle billigen Ansprüche befriedigt sein dürften. Wenn auch den Wünschen des Schifferstandes auf Anbringung eines Durchlasses durch die Uebereinkunft nicht genügt wird, da dieselbe den Bau einer nach oben geschlossenen Brücke sanktionirt, so ist doch durch die angenommene Höhenlage der Brückensohle auf 53 Fuß preussisch über dem Nullpunkt des kölner Pegels dafür gesorgt, daß die Schiffahrt selbst bei dem höchsten Wasserstande keine Störung erleiden wird, da es selbst in diesem Falle nur einer Senkung der Masse oder Kamine bedürfen wird, um die Brücke noch passieren zu können. Für die Vorrichtungen aber, welche auf den Schiffen zur Bewirkung der Mast- und Kaminenkantung zu treffen sein werden, hat es die königlich preussische Regierung übernommen, eine entsprechende Entschädigung für die desfallsigen Kosten in dem Maße zu leisten, wie letztere von den Sachverständigen veranschlagt worden sind.

Oesterreich.

Wien, 7. Mai. In mehreren Blättern kursirt seit einigen Tagen die Kunde von einer angeblichen Circulardepesche des wiener Kabinet's, in Betreff der turiner Kammerverhandlungen, in welchen der sardinische Premier Graf Cavour seine feindselige Politik gegen Oesterreich ohne alle weitere Umstände als ein Prinzip aufstellt. Weiter wird hinzugefügt, daß Baron Hübnert noch vor seiner Abreise von Paris diese Circulardepesche, in welcher noch der besondere Wunsch ausgedrückt sein soll, daß Frankreich in keine Erörterung der italienischen Verhältnisse auf der bevorstehenden Konferenz eingehen möge, dem Tuilerienkabinet mitgetheilt habe. So weit ich mich für informiert zu halten berechtigt bin, muß ich die ganze Version von der erwähnten österreichischen Circulardepesche und natürlich auch ihre Mittheilung an das pariser Kabinet als eine durchweg erfundene Sache bezeichnen. Das wiener Kabinet hat es nicht nothwendig an Frankreich das Ersuchen wegen Ausschließung der italienischen Frage von den Konferenzverhandlungen zu stellen, indem dieselbe sich von selbst versteht, und wo nicht, dann vom wiener Kabinet mit allem Nachdruck gefordert werden kann. (D. N. Z.)

Man schreibt dem „Pesther Lloyd“ aus Wien vom 5. Mai: Von mehreren Seiten her wird die Vermuthung ausgesprochen, daß die in Frankreich angeordnete Einberufung von mehr als 40,000 Rekruten auch eine Erhöhung unsers kaum restringirten Militäretats nach sich ziehen dürfte. Diese Vermuthung ist eine ganz ungegründete. Dank unserm vortrefflichen Reservestem steht in kaum sechs Wochen eine schlagfertige Armee von 600,000 Mann auf den Beinen, bereit, jedem Feinde an was immer für einer Seite entgegenzutreten. Unserm Reservestem allein ist es daher auch zu danken, daß so bedeutende Reduzirungen aller Waffengattungen möglich wurden, wodurch eine so wesentliche Restringirung des Militäretats und damit eine Erleichterung des Staatsschatzes erreicht wurde.

Wien, 8. Mai. Die Frage der Neubesezung des österreichischen Gesandtschaftspostens am petersburger Hofe ist noch immer in der Schwebe und dürfte sich kaum vor Ablauf der pariser Konferenzen erledigen; die Angaben über den bald bevorstehenden Austritt des Grafen Esterhazy waren trotz des energischen Dementis, welches die „Österreichische Post“, das inspirirte Organ der Staatskanzlei, diesen Mittheilungen angedeihen ließ, nicht ganz unbegründet. Von dem Demissionsgesuche des Grafen glaubte man wohl betreffenden Ortes vorberhand Umgang nehmen zu müssen, um den Schein zu vermeiden, als haben sich die obnein nicht sehr freundlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Rußland bis zu einer bedenklichen Weise verbittert. Auch mögen von mancher und nicht unkompetenter Seite Bedenken gegen den in Vorschlag gebrachten Nachfolger des Grafen erhoben worden sein, welcher zwar als ein gewandter und unterrichteter Kavallerist bekannt ist, aber noch niemals Gelegenheit hatte, Proben jener diplomatischen Tüchtigkeit und Erfahrung an den Tag zu legen, die man im gegenwärtigen Augenblicke von unserem Vertreter bei dem nordischen Kaiserhofe meint verlangen zu müssen.

